

SPD

ERNEUERN

Erik Flügge

Erik Flügge ist Sozialdemokrat.

Vor einem Jahr war ich euphorisiert. Endlich, endlich gibt es Veränderung. Endlich, endlich ist die SPD wieder auf der Seite der Gewinner. Martin Schulz beflügelte die Partei, und die Umfragewerte stiegen von Woche zu Woche. Ältere Parteimitglieder sprachen davon, dass es sich anfühle wie damals bei Willy. Alles schien möglich. Die SPD lebte.

Heute ist alles deprimierend. Die SPD fühlt sich matschig an. Bei jeder Eilmeldung starre ich panisch auf mein Handy, weil ich befürchte, die nächste Katastrophe bricht über meine Partei herein.

Im Internet bin ich mit hunderten Parteimitgliedern befreundet. Viel zu viele vergreifen sich im Ton. Die Stimmung in der SPD ist aggressiv. Überall schreit man nach Erneuerung – und keiner sagt, was das sein soll. Dieser Aufgabe will ich mich stellen. Dieses Buch skizziert einen Kurs zu einer sozialdemokratischen Partei mit neuer Kraft und beantwortet die Frage, ob ein Neuanfang nur außerhalb einer Regierung möglich ist.

Die traumatisierte Republik

Stört es irgendwen, dass Deutschland seit der Bundestagswahl im September 2017 keine Regierung hat? Im Grunde nicht. Genau das ist das Problem. Deutschland wird seit über zehn Jahren kaum regiert. Auch wenn es einzelne immer wieder redlich versucht haben.

Wer den Aufstieg und Fall von Martin Schulz und seiner Partei verstehen will, der muss mit dieser simplen Wahrheit beginnen. Deutschland wird seit Jahren kaum regiert. Deutschland wird verwaltet – und das verdammt gut.

Der Grund, warum sich die deutsche Demokratie zur Bundesbürokratie wandelte, liegt im Trauma einer ganzen politischen Generation. Ein Trauma, das es in der SPD und in der CDU gleichermaßen gibt.

Auslöser für dieses Trauma ist eine doppelte Abwahl. Die Abwahl von Gerhard Schröder und seiner Agenda-Regierung und der bittere Einbruch der CDU im folgenden Bundestagswahlkampf 2005 auf nur 35 Prozent. Wenige Monate zuvor hatten Umfragen die Union noch bei rund 50 Prozent gesehen. Gerhard Schröder hatte keine Mehrheit und Merkel keinen Mut mehr. Die Politik war am Ende.

Nach der Wahl traten zwei geschlagene Parteien in eine große Koalition ein. Eine große Koalition der Ängstlichkeit. Die Sozialdemokraten hatten Angst vor zu forschen Projekten, schließlich waren sie gerade erst wegen ihrer umfassenden Veränderungspolitik aus dem Kanzleramt gejagt worden. Dennoch fand sich ein führender Sozialdemokrat, der davon sprach, die Partei habe das beste Wahlprogramm seit Willy Brandt.

Die Christdemokraten hatten Angst vor zu forschen Projekten, weil Merkel mit ihrer Ankündigung eines massiven Umbaus des deutschen Sozial- und Steuersystems unter dem Stichwort „Flat Tax“ eine harte Klatsche eingefahren hatte.

Das Ergebnis war das Duo Merkel-Steinmeier. Ein Duo des fleißigen Verwaltungsethos' ohne größere Erzählung, das wenig begeisterte, aber solide verwaltete.

Im folgenden Bundestagswahlkampf 2009 lobten sich Merkel und ihr Herausforderer Steinmeier fortlaufend für die solide gemeinsame Politik. Es war der langweiligste Wahlkampf aller Zeiten, und die SPD bekam als Herausforderin ohne Lust zur Herausforderung eine herbe Quittung. Sie landete bei nur noch 25 Prozent. Die CDU erlitt nur leichte Verluste.

Wie bei Traumatisierten üblich, führten beide Parteien das Ergebnis auf ihr Trauma zurück. Die Sozialdemokraten klagten sich wie schon so oft zuvor für die Agenda 2010 an. Die Christdemokraten fühlten sich bestätigt darin, möglichst wenig zu verändern und traten mit dieser Haltung in eine schwarz-gelbe Regierung mit der veränderungshungrigen FDP ein. Die Union wollte verwalten, die FDP gestalten. Beides ging nicht zusammen und mündete alsbald in einem Spiegel-Cover mit der Aufschrift: **Aufhören!** Treffender hätte man das Nicht-Funktionieren dieser Koalition nicht beschreiben können.

Bei einem so kolossalen Scheitern einer Regierung sollte man erwarten, dass die Opposition massiv profitiert. Das Gegenteil war der Fall. Die SPD legte gerade einmal knapp drei Prozentpunkte zu. Ihr Kanzlerkandidat Steinbrück verprellte mit seinem elitären Duktus breite SPD-Wählerschichten und stand inhaltlich – vom Mindestlohn abgesehen – nur für leichte Justierungen des bisherigen Kurses. Selbstredend fand sich ein führender Sozialdemokrat, der das eigene Wahlprogramm das Beste seit Willy Brandt nannte.

Grüne und Linke verloren an Zustimmung. Merkel triumphierte. Beinahe acht Prozentpunkte konnte die Union zulegen. Wenn keiner etwas verändern will, wählt man eben die Union.

Wie bei Traumatisierten üblich, führten Sozialdemokraten wie Christdemokraten das Ergebnis auf ihr Trauma zurück. Die SPD klagte sich selbst wie schon so oft zuvor für die Agenda 2010 an. Die Christdemokraten fühlten sich darin bestätigt, Deutschland einfach weiter zu verwalten. Bloß keine Veränderung ankündigen wie 2005.

Sigmar Gabriel führte die Sozialdemokraten in eine erneute große Koalition und setzte große Teile des SPD-Programms in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU durch. Sein wahrer Erfolg sind die Leuchttürme sozialdemokratischer Politik. Themen und Inhalte, auf die wir noch heute stolz sind. Zugespitzte Forderungen für die er immer gekämpft hat. Aber es sind in der Zahl nur

wenige im Vergleich zum Rest. Dass der Rest leicht verhandelbar war, ist kein Wunder – das Programm der SPD störte von den wenigen großen sozialen Innovationen abgesehen ja auch nicht. Schließlich war es leider in weiten Teilen aus einer Verwaltungs- und Nichtveränderungslogik erwachsen. Genau der Logik der CDU.

2017 schließlich stand die SPD zu Anfang des Jahres vor einem Scherbenhaufen. In Umfragen stand die Partei bei nur noch 21 Prozent. Sigmar Gabriel war so unbeliebt wie Andrea Berg auf einem Hardcore-Konzert. In der Partei rumorte es. Der Druck hin zu einem Befreiungsschlag wurde immer größer. Darum entschied sich Sigmar Gabriel, die Kanzlerkandidatur an Martin Schulz zu übergeben.

Martin Schulz war eine Eruption. Endlich eine Veränderung. Endlich kein „Weiter so!“. So schien es. Was folgte, war eine bittere Trauma-Fortsetzung.

Das Programm, das die Sozialdemokratie über vier Jahre hinweg entwickelt hatten, blieb auch unter Schulz so wenig spannend, dass man es sich nicht einmal merken konnte. Wofür sind wir nochmal angetreten? Ich habe es schon wieder vergessen. Natürlich fand sich ein führender Sozialdemokrat, der es das beste Wahlprogramm seit Willy Brandt nannte.

Schulz-Hype

Es ist eine schnelle Folge von Eilmeldungen, die mein Handy zum Brummen bringt. Gabriel sagt die Kanzlerschaft ab. Er macht es nicht. Wie geil!

Wie auch immer das passiert ist, ich grinse. Eigentlich will ich mich über etwas anderes freuen, aber diese Info zieht meine ganze Aufmerksamkeit. Wer? Wer kommt jetzt?

Ich schreibe SMS, versuche, die Lage zu klären. Dann, schneller als gedacht, ist klar: Schulz. Wie befreiend sich das anfühlt. Endlich ein Ausweg. Endlich ein Funke Hoffnung.

Ich gehe auf Facebook, und um mich herum tobt meine Lebenswelt. Schulz, Schulz, Schulz! Überall Euphorie. Endlich – nach Monaten der Tristesse ein kleiner Moment des Glücks. Endlich!

Ich stimme selbst ein – erst zaghaft, dann immer stärker. Wie geil! Endlich gibt es für einen kurzen Moment etwas anderes als AfD. Was Schulz will? – Keine Ahnung. Wo Schulz steht? – Keine Ahnung. Ob's hält? – Keine Ahnung. Aber dieser Moment. Dieser kurze Moment, den will ich auskosten, so lang es geht.

Schon am nächsten Morgen erkläre ich im ARD-Morgenmagazin, dass ich gerade einen Schulz-Hype erlebe. Ich berichte über das, was ich einen Nachmittag lang hörte. Aber tief im Innern spreche ich auch von mir. Endlich ein Moment des politischen Glücks.

Ich spüre, wie dieser Martin Schulz die Journalisten ansteckt. Auch sie wittern ein kurzes Aufatmen von ewig rechter Provokation und Gegenreaktion. Ein neuer Held in einer Geschichte, die gefühlt schon zu Ende erzählt war. Endlich was Neues – wie geil!

Das Momentum hält an. Es trägt. Mehr als drei Tage sprechen wir nun schon über diesen Mann. Wer er ist – keine Ahnung. Egal! Hauptsache ein normales Thema. Als stünde plötzlich ein Gandalf in Form von Martin Schulz vor dem Feurdämon und brüllte „Du kannst nicht vorbei!“ Ein Bild, das mir schnell in

den Kopf kommt. Offenbar bin ich damit nicht allein. Im Netz kleben sie plötzlich sein Gesicht auf den Torso jedes großen Helden.

Wir gewinnen unser Land zurück. Wie eine Impulswelle jagt der Schulz-Hype die schlechte Stimmung aus dem Land. Aus dem Land und aus mir. Ich erwache. Nach beinahe zwei Jahren der politischen Apathie habe auch ich wieder Lust, mich in diesem Gemeinwesen einzubringen. In mir erwacht der Kämpfer aus seinem Winterschlaf. Angriff, Attacke – endlich voran!

Plötzlich treten Menschen in die SPD ein. Wie absurd ist das denn? Unser Haufen hoffnungsloser Gestalten wird überrannt von Leuten, die Lust haben, etwas zu tun. Tun statt reden. Tun statt Verwalten. Laut feiern statt leise zu grummeln. Wie geil!

Gestern dachte ich noch, die Sozialdemokratie sei tot. Ich fragte mich, wie lange der Sinkflug der Partei wohl noch anhält, bevor sie vollends zerfällt. Plötzlich ist sie wie befreit. Meine Demokratie lächelt wieder.

Wochen ziehen dahin. Wochen ohne den Hass. Wochen ohne immer neue Menschenverachtung. Stattdessen endlich wieder Humor. Ich beginne wieder, meine politischen Gegner online zu ärgern. Wir brauchen eine Weile, um wieder miteinander warm zu werden. Zu Anfang reagiert man noch sofort empört und aggressiv – dann erinnern wir uns gemeinsam daran, dass noch vor wenigen Jahren dieses humorvolle gegenseitige Beharken das war, was uns Freude brachte. Freude – es ist das Gefühl, das mich durchdringt. Wer Schulz ist? Wie Schulz ist? Es ist mir scheißegal – Hauptsache, nichts nimmt mir mein Gefühl des Glücks. Hauptsache, niemand beendet den Rausch, und der beschissene Kater kehrt nicht allzu schnell zurück.

Dieser Text ist ein Jahr alt. Ich habe ihn mitten im Schulz-Hype geschrieben und niemals veröffentlicht. Er kommt mir heute lächerlich vor, und ich finde bereits in diesem Text alles angelegt, worüber Schulz und die gesamte Sozialdemokratie mit ihm zusammen stolpern sollten. Wofür er steht? – Keine Ahnung. Genau das ist das Problem.

Seit dem kometenhaften Aufstieg und Absturz von Martin Schulz wurde ich immer wieder gefragt, wie man den Schulz-Hype erklären könne. Ich glaube, die

Antwort ist gar nicht so schwer. In einer Partei, die seit über zehn Jahren von Agenda-Traumatisierten geführt wird, in einer Republik, die seit über zehn Jahren von Agenda-Traumatisierten regiert wird, fand sich endlich einer, der nicht unter diesem Trauma zu leiden schien. Eine frische Unbeschwertheit, die Hoffnung drauf machte, dass man endlich mal wieder regiert werden könnte. Doch im verdrucksten, komplizierten und angsterfüllten Umgang des Martin Schulz mit der Agenda, mit Inhalten und Konzepten offenbarte er sich als die nächste Version der immer gleichen Nicht-Bereitschaft zum Regieren. Ein neuer Verwalter. Ein neuer Mann ohne Haare auf dem Kopf mit Aktenschrank im Büro. Ein neuer grauer Mann, der uns die Zeit stiehlt.

GroKo und NoGroKo

Der Ausgang der Bundestagswahl 2017 ist bekannt. Die Union und die SPD erlitten jeweils historische Niederlagen. Die beiden Volksparteien zusammen genommen haben nur noch knapp eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Die großen Profiteure der Wahl waren FDP und AfD. Zwei Parteien, die mit einem radikalen Veränderungs- und Regierungsanspruch antraten. Die Liberalen wollten die moderne, mutige und digitale Republik. Die Rechtsradikalen wollten geschlossene Grenzen und Abschottung. Beides fand seine begeisterten Anhänger.

Die SPD zog nach der Wahl scheinbar ihre Konsequenz. Schluss mit Regieren, dafür Neuaufstellung in der Opposition. „Nie wieder GroKo!“ lautete der Ruf. Dabei hätte er „Nie wieder Verwaltungsdenken!“ lauten müssen.

CDU, CSU, Grüne und FDP versammelten sich zu Sondierungsgesprächen. Merkel wollte wieder nichts ändern. Die FDP stieg aus. Die Republik schimpfte, aber wie soll man mit Ansprüchen, die kulturell nicht kompatibel sind, gemeinsam regieren?

In der Folge erhöhte sich der Druck auf die SPD, doch noch eine Regierung zu bilden. Das Gruselige: Die SPD konnte nicht plausibel machen, warum sie mit ihrem Wahlprogramm nicht mit CDU und CSU koalieren sollte. Schließlich war man sich in einer wesentlichen Frage doch einig: lieber wenig ändern und wenn, dann im Detail.

In den Koalitionsverhandlungen passierte schließlich, was schon vorher logisch war. Die SPD setzte sich mit Hilfe des Damoklesschwerts „Mitgliedervotum“ mit ihren Inhalten durch. Für die Union ein gangbarer Kompromiss, denn schließlich wollen beide Partner die Änderungen nur im Detail.

Seither tobt in der SPD der Konflikt. Der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert führt die NoGroko-Bewegung an. Der Parteivorstand wirbt für einen erneuten Eintritt in die große Koalition. Was beide Seiten dabei nicht leisten, ist die Antwort auf die Frage, wie eine Erneuerung innerhalb oder außerhalb der Koalition gelingen soll. Die Frage der Regierungsbeteiligung ist zu einem dogmatischen Streit verkommen, bei dem man sich gegenseitig mit Argumenten kaum noch beikommt.

Es ist schon bezeichnend, dass Martin Schulz in seiner Rede für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen keine Inhalte formulieren konnte, die die Delegierten ernsthaft interessierten und Kevin Kühnert in seiner Rede gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gänzlich auf Inhalte verzichtete. Ich empfehle, beide Videos erneut anzuschauen. Etwas von Interesse zu sagen hatte keiner von beiden.

Das eigentliche Drama der Sozialdemokratie ist, dass wir unser bürokratisches Klein-Klein zu guten Inhalten verklären. Wenn wir ehrlicher wären, würden wir sagen: Wir haben aktuell kein Programm. Es ist weder besser noch schlechter als das von Willy Brandt, sondern schlicht nicht vorhanden. Ohne diesen Umstand anzuerkennen ändert sich gar nichts – weder in der GroKo noch in der Opposition.

Die vernünftigste Rede von Martin Schulz zur Frage von Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU hätte vielleicht so gelautet (Ich schrieb sie auf, während Schulz auf dem Parteitag sprach – aus Entsetzen über die Belanglosigkeit seiner Rede. Leider hat er sie nie gehalten.):

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute entscheidet der SPD Bundesparteitag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU. Heute entscheidet Ihr. Der Grund dafür ist, dass Ihr Euch dieses Recht selbst gegeben habt. Ihr habt diesen Parteitag im Dezember gefordert, und wir sind als Parteivorstand Eurer Aufforderung gefolgt.

Ihr habt Euch das Recht gegeben, über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zu entscheiden, damit habt Ihr aber auch die Verantwortung übernommen. Ich selbst habe auf diesem Parteitag eine Stimme. Nur eine – so wie auch jede und jeder von Euch.

Diese eine Stimme will ich nun erheben, um Euch die Argumente für meine Entscheidung vorzutragen. *Meine* Argumente für *meine* Entscheidung. Danach werden noch viele Stimmen folgen.

Ich glaube, dass es für die Entscheidungsfindung heute nur eine einzige Frage zu beantworten gilt: Reichen mir die Sondierungsergebnisse?

Wenn Du diese Frage mit Ja beantwortest, ist die Entscheidung klar. Ja, wir gehen in Koalitionsverhandlungen, um das Land weitere vier Jahre zu gestalten.

Wenn Du diese Frage mit Nein beantwortest, dann gilt es zu verstehen, was das bedeutet. Unsere Sondierung basiert auf unserem Wahlprogramm. Wir haben unsere Forderungen in diesem Bundestagswahlkampf zur Grundlage unserer Gespräche mit der Union gemacht. Wir haben hart gekämpft. Wir haben gerungen um jeden einzelnen Punkt und sind bereit, in Koalitionsverhandlungen weiterzuringen. Aber dir reicht es noch nicht. Dir ist das alles zu wenig. Dich überzeugt es nicht. Die ehrliche Antwort ist, Dich hat unser Wahlprogramm, das sich dieser Bundesparteitag gegeben hat, nicht überzeugt. Leider gilt das nicht nur für Dich, sondern auch für zu viele Wählerinnen und Wähler in unserem Land. Unsere Antworten waren für Millionen Menschen die richtigen. Und für Millionen andere nicht genug. Beides ist wahr. Wir wurden gewählt für unsere Inhalte. Wir wurden nicht wegen unserer fehlenden Inhalte gewählt.

Wenn unser Programm für Dich genug war, dann gehen wir in Koalitionsverhandlungen. Wenn unser Programm Dir aber nicht genug war, kannst Du dann guten Gewissens heute gegen die Regierungsbildung stimmen? Denn: Diese Entscheidung führt uns in schnelle Neuwahlen.

Neuwahlen in wenigen Wochen. Neuwahlen, bei denen wir mit dem gleichen Programm auf den Straßen stehen. Vielleicht mit mir als Spitzenkandidat, vielleicht mit jemand anderem. Aber in jedem Fall mit einem Programm, das Dich jetzt, da wir es verhandelt haben, nicht überzeugt.

Und wir werden Fragen beantworten müssen im Wahlkampf. Die Frage von all jenen, die uns wegen unserer Inhalte gewählt haben, warum wir nicht diese Inhalte umgesetzt haben, als wir die Chance dazu hatten. Und die Fragen von all jenen, die uns aufgrund unserer für diese Menschen zu schwachen Inhalte nicht gewählt haben, was wir Neues zu bieten haben. Die Antwort wäre in beiden Fällen betretenes Schweigen. Weil wir den einen nicht erklären können, warum wir nicht regieren wollen und den anderen nicht erklären können, wie wir anders regieren wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe sehr wohl wahrgenommen, dass es einen großen Teil von Euch gibt, der unzufrieden mit unserem Sondierungsergebnis ist. Ich habe es nicht nur wahrgenommen, sondern auch verstanden.

Ich habe nach den Sondierungen gesagt, wir haben das Beste erreicht. Das Beste basierend auf dem Programm, das wir hatten. Das Beste, das wir mit diesem Koalitionspartner erreichen konnten. Das Beste – aber, und das sage ich Euch heute: für die Zukunft nicht genug.

Deswegen werden wir heute – wenn Ihr dem Antrag des Parteivorstandes zustimmt – nicht nur Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Nein, wir anerkennen angesichts der großen Skepsis bei vielen von Euch auch, dass unser Programm uns für die Zukunft nicht genügt. Am Ende der kommenden Koalition darf kein Programm mehr stehen, das nicht alle von uns überzeugt. Am Ende dieser Legislatur werden wir wieder viele kleine Lösungen brauchen, aber auch die großen inhaltlichen Hammerschläge, die eine neue Zukunft schmieden.

Vom ersten Tag einer neuen Regierung an – so Ihr sie denn wollt – werden wir außerhalb der Logik von Koalition und Regierung an einem neuen Programm arbeiten. Wir werden ein Programm aufsetzen, mit dem wir voller Stolz – mit dem wir alle voller Stolz – in vier Jahren auf der Straße Wahlkampf machen. Ein Programm, das sich nicht gebunden fühlt an das, was war, sondern das ein sozialdemokratischer Weg zu einer neuen Republik ist.

Dieses Programm werden wir schmieden. Monat für Monat. Jahr für Jahr, bis es so hart ist, dass sich die CDU mit egal welchem Kandidaten oder Kandidatin daran die Zähne ausbeißt.

Wie die neue Ostpolitik in einer großen Koalition entstand, um danach Wirklichkeit zu werden, wird auch unsere neue Politik in einer großen Koalition entstehen, um danach mit all jenen Kräften Wirklichkeit zu werden, die bereit sind, den Aufbruch in Deutschland zu gestalten.

Monat für Monat. Jahr für Jahr.
Geschmiedet von uns allen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es haben uns Millionen Menschen für unser Programm gewählt. Millionen Menschen, denen wir versprochen haben, genau

dieses Programm zu verhandeln und umzusetzen. Diese Menschen haben es verdient, dass wir dieses Versprechen einlösen.

In der nächsten Wahl wollen wir dann mit einem Programm, das viele Millionen mehr Menschen überzeugt, antreten, um dann dieses Programm Wirklichkeit werden zu lassen.

Ihr habt Euch die Kompetenz für die Entscheidung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gegeben. Damit habt Ihr auch die Verantwortung übernommen. Ich kann für mich nicht verantworten, dass wir mit den gleichen Inhalten zu den gleichen Wählerinnen und Wählern gehen, um dafür zu werben, dass wir dieses Mal wirklich versuchen, etwas davon umzusetzen, wenn wir es schon hätten tun können.

Ich kann nicht verantworten, dass eine neue Wahl die Rechtspopulisten in unserem Parlament schon heute noch mehr stärkt. Ich kann nicht verantworten, dass wir erneut zu wenige Antworten haben, um unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu überzeugen, dass ihr Heil nicht in den Fängen von Rechtspopulisten liegt. Ich kann es nicht verantworten. Und es überzeugt mich nicht, wenn diejenigen, die nun mit dem gleichen Programm und den gleichen Forderungen antreten wollen, prognostizieren, wir hätten damit dann mehr Erfolg.

Wir unterschätzen die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, das Richtige für sich zu wählen. Wir unterschätzen, dass unsere Forderungen für einen großen Teil unserer Wählerinnen und Wähler seit 15 Jahren zu klein waren. Wenn wir nicht größer denken, werden wir scheitern.

Ich bin seit dem Frühjahr 2017 Euer Parteivorsitzender. Und ich kann Euch versichern: Ein neuer inhaltlicher Aufbruch lässt sich nicht binnen weniger Monate organisieren. Wäre das möglich, ich hätte es im Frühjahr schon getan. Ich will eine europäischere SPD. Ich will eine modernere SPD. Ich will eine SPD mit wuchtigen Forderungen. Aber wie – ich frage Euch:

Wie soll diese SPD entstehen ohne Zeit zum Nachdenken?

Wenn wir heute mehrheitlich mit Nein stimmen, dann stimmen wir für schnelle Neuwahlen. Dann stimmen wir dafür, dass wir im Willy Brandt Haus einen schnellen Wahlkampf führen. Auf diesen Wahlkampf sind wir vorbereitet. Wir

werden mit aller Kraft dafür kämpfen, mehr Menschen von unseren Inhalten zu überzeugen. Aber, verdammt nochmal, es werden die gleichen sein wie bei der letzten Wahl.

Ihr, die Ihr nun seit Wochen laut „NoGroKo!“ ruft, wollt eine neue SPD. Ich will das auch. Mein Versprechen gilt: Wenn wir heute für Koalitionsverhandlungen stimmen und unsere hunderttausenden Mitglieder dieser Koalition dann zustimmen, dann machen wir vier Jahre lang Politik für all die Menschen, die uns 2017 gewählt haben. Und parallel werden wir ab dem ersten Tag – mit mir an der Spitze – ein neues Programm und eine neue SPD entwickeln, die 2021 viel mehr Menschen wählen und bis ins Kanzleramt tragen werden.

Und jetzt liegt die Verantwortung bei Euch!

SPD erneuern

Die Erneuerung der SPD braucht nicht viel. Das, was sie braucht, ist aber schwer zu erreichen. Vier Faktoren müssen erst begriffen und dann organisiert werden:

- eine Traumatherapie
- neues Vertrauen
- ein neues Programm für eine echte Regierung
- eine neue Sprache

Traumatherapie

Die SPD muss ihr Trauma loswerden. Unsere Angst vor dem Regieren muss enden. Nur wenn wir mit ganzer Kraft die Lust, regieren zu wollen, ausstrahlen, werden wir Erfolg haben. Dabei ist es vollkommen unerheblich, in welcher Regierungskonstellation wir antreten. Hauptsache, wir haben den Willen zu gestalten, zu verändern und voranzugehen, auch wenn wir auf Widerstände stoßen, anstatt uns von Umfragen treiben zu lassen.

Das ist im Übrigen die Einstellung, die den Erfolg von Stephan Weil und der niedersächsischen SPD im Horror-Wahljahr 2017 erklärt. Der Ministerpräsident von Niedersachsen wollte *immer* regieren. Seine Partei zeitweise vielleicht eher nicht. Nach Monaten der VW- und Vergabekrise zweifelten große Teile der SPD-Basis in Niedersachsen daran, ob und wenn ja wofür man weiter regieren sollte. Die Wahlniederlagen in Schleswig-Holstein, im Saarland und in NRW demotivierten zusätzlich, und Schulz strauchelte längst. Da kam der Wechsel von Elke Twesten von den Grünen zur CDU gelegen. „Ich beuge mich keiner Intrige!“ rief der Ministerpräsident aus und zog die Wahlen vor. Leute, die so handeln wie Elke Twesten und die CDU, sollten das Land nicht regieren. Ein Argument, das erst die SPD-Basis und dann auch die Bevölkerung verstand. Stephan Weil donnerte durchs Land und formulierte seinen absoluten Führungswillen, und die Partei folgte ihm jubelnd zu einem fulminanten Wahlsieg nur wenige Wochen nach der desaströsen Bundestagswahl.

In der Traumatherapie gibt es einen Ansatz. Er heißt kognitive Therapie. Bei dieser Therapieform geht es um die Umstrukturierung von ungünstigen Einstellungen und Denkmustern. Sie werden durch Beratung, Gespräch und Analyse

ersetzt durch deutlich günstigere. In der Kurzzusammenfassung: Ein ungünstiges Denkmuster der SPD ist, dass sie in der Opposition erfolgreicher sein könnte als in der Regierung. Ein weiteres ungünstiges Denkmuster ist, dass sie glaubt, in einer globalisierten Welt wären Visionen zu schwer zu vermitteln, und deshalb zieht sie sich ins kleine Gestalten zurück. Das Gegenteil ist richtig. In einer globalisierten Welt ist das Gestalten im Kleinen schwerer zu verstehen als visionäre Konzepte.

Die SPD – und das ist vielleicht ihre größte psychische Herausforderung – muss aufhören, sich ständig selbst schuldig zu sprechen. Eine Dauerselbstgeißelung für den psychologischen Hotspot Agenda 2010 führt nur immer tiefer in die politische Depression. Ganz ehrlich, warum sollte eine Reform, die vor acht Jahren abgeschlossen sein sollte, für die Zukunft noch relevant sein?

Aber wie bei allen Traumata ist es leichter gesagt als getan, dass man es hinter sich lassen soll. Mindestens in der erweiterten Parteiführung aber muss das Trauma der Wahlniederlage 2005 endlich aufgearbeitet werden. Von mir aus auch mit psychologischer Hilfe. Indem man die Momente, die zur Angst vor zu großen Visionen geführt haben, immer wieder zitiert. Indem man sie wieder aufleben lässt, so lange, bis man sie so gut kennt, dass die Angst verfliegt. Die Agenda 2010 und die Wahlniederlage 2005 dürfen nicht zur Büchse der Pandora erklärt werden, die man niemals öffnen darf. Schaut einfach rein, es ist gar nicht so schlimm.

Neues Vertrauen

Ein Parteivorstand, der sein Verhältnis zum Regieren klärt und wieder Lust bekommt, große, größere und größte Projekte und Gedanken anzustoßen und ihnen auch bei Widerstand treu zu bleiben, genießt noch lange nicht das Vertrauen der Partei. Das Vertrauen in der SPD ist kaputt. Mittlerweile so sehr, dass der Parteivorstand regelmäßig aufgrund von Protesten an der Basis binnen Stunden seine Beschlüsse rückabwickeln muss. Schulz wird doch nicht Außenminister, Andrea Nahles wird doch nicht kommissarische Vorsitzende. Ein Zustand, der die Partei umbringt.

Dass das Vertrauen kaputt ist, liegt daran, dass wesentliche Funktionsmechanismen in der SPD zum Erliegen gekommen sind. Ein echter demokratischer Diskurs ist längst zum Stillstand gekommen. Die demokratische Willensbildung findet in der SPD nicht statt.

Ortsvereine haben es aufgegeben, Anträge zu schreiben und Konzepte zu entwickeln. In den Kreisverbänden und Unterbezirken werden keine Forderungen von Substanz mehr an die Landespartei gestellt. Auf Landesparteitagen werden kaum noch Inhalte der Basis beraten, sondern stattdessen ausschweifend-belanglose Leitanträge der jeweiligen Vorstände. Auf dem Bundesparteitag kommen keine Konzepte von unten mehr zum Tragen. Welcher große Inhalt von der Basis wurde in den letzten Jahren noch Programm?

Das Problem mit diesem Zustand ist, dass er uns insgeheim bewusst ist, wir ihn aber nicht aussprechen und wahrhaben wollen. Wahrscheinlich ernte ich bei vielen mit diesen Zeilen schon wieder Widerstand. Aber der beste Ausweis dieses Problems sind unsere neuerdings immer öfter auftretenden Mitgliedervota. Eine Schlussabstimmung der SPD-Mitglieder über einen Vertrag, an dem sie nicht mitverhandelt haben. Eine Schlussabstimmung ist aber das Gegenteil von Beteiligung. Es ist die Umkehr aller logischen Verfahren in einer Partei. Im Grunde müsste die ganze Partei am Programm mitwirken und sich damit identifizieren und der Parteivorstand dann die Entscheidung über eine Koalition treffen. Weil die Parteibasis aber längst nicht mehr das Gefühl hat, auf den Parteitag zu Wort kommen zu können, produziert sie auch keine Inhalte mehr. Ein SPD Ortsverein ist viel zu häufig nur noch ein Gesprächskreis über einen Infostand statt Produzent inhaltlicher Initiativen, auf die man stolz sein kann.

Jede Forderung nach einem Mitgliederentscheid oder einer Urwahl ist nur Ausdruck eines Misstrauens in die Vorstände und Parteitage. Jedes dieser Vota ist ein Misstrauensvotum gegen den Zustand der innerparteilichen Demokratie.

Auflösen können wir dieses Misstrauen nur durch strukturelle Änderungen in unserem Verhalten bezogen auf Anträge und Initiativen. Es muss für Ortsvereine und Mitglieder möglich sein, ihre Inhalte zum Thema zu machen. Einige mögliche Verfahren möchte ich hier vorschlagen:

- Ein von 20 Ortsvereinen wortgleich beschlossener Antrag muss auf dem Bundesparteitag besprochen werden.
- Die Delegierten kreuzen wie die Grünen am Anfang eines Parteitages auf einer Liste an, welche Anträge sie besprechen wollen.
- Mitglieder erhalten Rederecht auf Bundesebene. Rednerinnen und Redner in Debatten werden gelost.

Alle drei Verfahrensänderungen haben das Potenzial, Debatten an der Parteibasis zu beleben. Ortsvereine können endlich wieder Inhalte produzieren, ohne sich selbst zu fragen, was sie mit den erzeugten Inhalten eigentlich tun sollen. Denn heute ist die Realität, dass politische Gespräche an der Parteibasis eigentlich nicht mehr stattfinden. Der Grund ist: Im Ortsverein fragt immer einer, was das bringt, wenn man an Inhalten arbeitet und keiner eine Antwort weiß.

Die Folge dieser Änderungen muss aber auch eine Einschränkung der Mitgliederbefragungen sein. Politischer Diskurs ist zu komplex für Ja-/Nein-Entscheidungen. Die Beratung und gemeinsame Änderung von Inhalten muss wieder zum Mittelpunkt sozialdemokratischen Parteilebens werden statt Mitgliederversammlungen, auf denen man beschließen will, wie die Delegierten auf dem Parteitag abzustimmen haben, bevor sie sich dort die Argumente angehört und neue Kompromisse ausgehandelt haben.

Ein neues Programm für eine echte Regierung

Das Ergebnis eines Belebens des innerparteilichen Diskurses kann nicht nur Debatte sein. Es muss auch ein Programm sein. Ein Programm, das den Anspruch hat, Deutschland durch Regieren wieder zu verändern. Ein solches Programm kann nicht allein in der Bundestagsfraktion entstehen. Ein solches Programm darf nicht gebunden sein an die Koalitionslogik mit egal welchem Partner. Es muss eigenständig sein.

Dafür braucht es einen echten Programmprozess unter Einbezug von Expertinnen und Experten und Mitgliedern. Unser Ziel darf nicht sein, dass wir in einem Programm alles und jedes regeln, sondern, dass wir Ziele definieren und erst dann Maßnahmen, die diesen Zielen dienen.

Die Definition von Zielen in der SPD erfordert zuvorderst eine ehrliche Debatte und Klärung über eine Frage, die in der SPD seit Jahren ausgeklammert wird. Diese Frage lautet: In welchem Land wollen wir leben, und für wen machen wir Politik?

Wenn ich sage, dass diese Frage von der SPD ausgeklammert wird, sollte man nicht zu schnell auf generellen Widerspruch umschalten. Denn es ist wahr. Ich kann es an einem Beispiel deutlich zeigen. Wir haben in Deutschland einen Grundkonflikt, der sich quer durch die Gesellschaft zieht und quer durch die

Partei, ohne dass man sich dazu positioniert. Heraus kommt ein irrelevanter Mischmasch.

Dieser Grundkonflikt besteht aus zwei sich widersprechenden Ideen von unserer Gesellschaft. Die eine Idee nennt sich Kommunitarismus. Die andere Idee heißt Kosmopolitismus.

Kommunitarismus beschreibt die Idee einer in sich geschlossenen und homogenen Gesellschaft. Eine Gesellschaftsordnung, die in der SPD unter dem Stichwort „Gemeinschaft“ besprochen wird und in der CDU unter dem Schlagwort „Heimat“. Eine Idee, die in der SPD eine breite Anhängerschaft hat. In sehr vielen Kommunalwahlprogrammen der SPD in ganz Deutschland steht, dass man gerne die Gemeinschaft fördern will.

Es gibt gute Gründe für diese Position. Wenn Menschen sich als Teil einer Gemeinschaft fühlen, dann sind sie zu größerer Solidarität bereit. Die Voraussetzung von Gemeinschaft ist aber Gleichheit. Für ökonomische Gleichheit wird sich in der SPD schnell eine Mehrheit finden, für kulturelle Gleichheit hingegen nicht. Denn während wir uns mehr Gemeinschaft wünschen, wollen wir gleichzeitig auch die kulturelle Vielfalt fördern. Ein völlig anderes Konzept.

Dieses andere Konzept heißt Kosmopolitismus. Eine Gesellschaft, die keine virtuelle Gemeinschaft herstellt, sondern auf der Basis gleicher Rechte nebeneinanderher lebt und die Existenz und Perspektive des anderen akzeptiert, aber nicht teilt. Eine Gesellschaft, in der sich Menschen in Untergruppen ausdifferenzieren, brave wie schrille Leben führen und in der viele Lebensentwürfe in kleineren Gemeinschaften nebeneinanderher leben. Eine Gesellschaft, die man in Deutschland kurz mit dem Begriff „bunt“ umschreibt.

Das eigentliche Problem ist, dass beide grundlegend verschiedenen Gesellschaftsentwürfe gar nicht vereinbar sind. Wie soll man gleichzeitig dem Wunsch gerecht werden, dass es *eine* Gemeinschaft gibt, wenn man auch dafür stehen will, dass es *viele* Gemeinschaften gibt?

Der Konflikt zwischen einer und vielen Gemeinschaften geht noch viel tiefer. In einer Gemeinschaft sind Menschen in wesentlich höherem Maß bereit zu teilen. In mehreren Gemeinschaften sind sie viel weniger dazu bereit. Deutlich kann man das mit Blick auf andere Länder erkennen. Hoch individualisierte Einwan-

derungsgesellschaften wie die USA oder England bringen weitaus weniger Wille zur Umverteilung und zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme auf wie weitestgehend homogene Gesellschaften wie in Schweden, Norwegen oder Schottland. Wo sich Gesellschaften als große Gemeinschaft organisieren, herrscht ein sozialdemokratischer Mainstream vor. Wo sich Gesellschaften ausdifferenzieren, bricht die sozialdemokratische Basis weg.

Die SPD in Deutschland möchte gleichzeitig beides sein, und es zerreißt sie. Sie will Kosmopolit und Kommunitarist zugleich sein. Dabei muss sie sich entscheiden. Entweder will sie weniger Vielfalt und mehr Umverteilung oder weniger Umverteilung und mehr Vielfalt. Erst wenn sie diesen Konflikt auflöst, kann sie auch wieder ernsthaft Politik machen.

Eine Parteierneuerung – und jetzt wird es schmerzlich – kann nur gelingen, wenn die SPD wieder klar bekommt, für welche Gesellschaft sie steht, für wen sie Politik macht und für wen eigentlich nicht. Eine Klärung, die manchem Mitglied in der einen oder anderen Richtung deutlich macht, dass sie oder er in der falschen Partei ist. Aber ohne eine Entscheidung ist die Partei nicht mehr politikfhig.

Umso spannender ist das gedankliche Experiment, sich vorzustellen, die SPD habe die Entscheidung bereits in die eine oder andere Richtung getroffen. Plötzlich fllt es nicht mehr schwer, ein Programm zu entwickeln. Plötzlich fllt es nicht mehr schwer, auch scharfe Forderungen zu erheben. Die SPD ist plötzlich klar.

Klarheit lässt sich durch eine Entscheidung erzeugen, aber auch durch die Bildung eines neuen Konzeptes, das das scheinbar Unvershnliche zusammendenkt. Eine denkerische Leistung, die die SPD in der Vergangenheit bereits vollbracht hat. Sie brachte im Godesberger Programm die unversöhnlichen Widersprüche von Demokratie und Sozialismus sowie von Marktwirtschaft und Gerechtigkeit zusammen. Erst über diese Aussöhnung stieg sie von der Massenpartei zur mehrheitsfhigen Volkspartei auf.

Gelungen ist der SPD diese Versöhnung nur, weil sie beide Pole kannte. Sie kannte den Sozialismus, und sie kannte die Demokratie. Sie wusste um die Widersprüchlichkeit beider Gesellschaftskonzeptionen. Die SPD wusste um die Marktwirtschaft, und sie wusste, wie sie sich Gerechtigkeit vorstellt. Beides

beschreiben und begreifen zu können war die Voraussetzung dafür, einen mutigen Entwurf einer neuen Ordnung zu erschaffen, die Widersprüche zusammendenkt.

Das Neue zu denken ist noch schwieriger, als die Entscheidung zwischen zwei unversöhnlichen Polen. Es erfordert, noch stärker auszusprechen, was ist und was sich nicht ohne denkerische Anstrengung von ganz allein versöhnt. Es fordert den Mut, anzuerkennen, dass wir bisher gescheitert sind mit der schlichten Parallelität der Wünsche von einer Gemeinschaft und den vielen Gemeinschaften. Klarheit entsteht für uns erst, wenn wir mutig unser Scheitern eingestehen, um auf Basis einer tiefgründigen Analyse über unsere noch nicht vereinbaren Gemeinschaftsbegriffe etwas Neues zu entwerfen.

Egal, ob wir uns für das eine oder das andere entscheiden oder ob wir etwas völlig Neues zusammendenken, wir brauchen den Mut, auszusprechen, was wahr ist. Konkret heißt das:

- Eine echte und ungeschönte Vorstellung der Idee der einen Gemeinschaft. Mit ihren Funktionsmechanismen und Ansprüchen an den Einzelnen. Mit den ganzen Normalitätsbegriffen, denen man sich unterzuordnen hat. Zur Begeisterung des einen Teils der Partei und zum Entsetzen des anderen.
- Eine echte und ungeschönte Vorstellung der Idee der vielen Gemeinschaften. In der man ehrlich ausspricht, dass man gar kein Interesse daran hat, gemeinsame Foren zu erschaffen und mit den anderen seine Zeit zu verbringen. Wiederum zum Entsetzen der anderen Hälfte der Partei.

In einer großen Konferenz müssen wir dieses ungeschönte Bild aufdecken. In heftigen und konzentrierten Auseinandersetzungen oder in harten Abstimmungen müssen wir dann gemeinsam ein neues Bild entwickeln.

Klarheit braucht Mut.

Eine neue Sprache

Am Ende der Erneuerung der SPD muss auch eine Kritik unserer Sprache stehen. Unser Sprechen ist durchsetzt von Bürokratie und Detailverliebtheit. Man kann es allein an der Debatte rund um die Koalitionsverhandlungen recht gut erkennen.

Eine ganze Woche lang drehte sich der Diskurs in Berlin um eine Gruppe Menschen, von der beim besten Willen fast niemand in der Bevölkerung weiß, wer das sein soll. Diese Menschen heißen „subsidiär Schutzberechtigte“ und sind Flüchtlinge. Zumindest irgendeine Form davon. Irgendetwas Seltsames. Eine Unterkategorie? Wegen „sub“? In jedem Fall nichts Normales, sonst hätten die ja einen normalen Namen.

Subsidiär gehört für fast keinen Deutschen zum allgemeinen Sprachgebrauch. Das Wort ist weder Teil des aktiven noch des passiven Lexikons in den Gehirnen der Bürgerinnen und Bürger.

„Subsidiär Schutzberechtigte“ ist ein Bürokratenbegriff. Er steht für Menschen, die von Folter und Tod bedroht sind. Das weiß niemand in Deutschland. Darum sind „subsidiär Schutzberechtigte“ den Leuten suspekt. „Von Tod und Folter Bedrohte“ würden weitaus mehr Menschen schützen wollen.

Warum ist also der Monster-Bürokratenbegriff „subsidiär Schutzberechtigte“ dann überhaupt in der Debatte? Dass Bürokratien andere Worte für alltägliche Dinge entwickeln, tritt häufig auf. Ein ganz klassischer Eierkarton heißt beispielsweise auf dem Gesundheitsamt „Höckerpappebatterie“. Was aber in der Debatte um Geflüchtete das Besondere ist: Die hießen mal „von Tod und Folter bedrohte Menschen“ und wurden erst dann in der politischen Debatte zu „subsidiär Schutzberechtigten“. Eine Entscheidung der CDU/CSU.

Es ist wie so oft in der politischen Debatte der letzten Jahre. CDU und CSU sind wesentlich sprachsensibler als die SPD-Funktionäre. Die Konservativen wollen keinen Familiennachzug für von Tod und Folter bedrohte Menschen – und damit das die Bevölkerung auch so sieht, nutzen die Konservativen seit dem Wahlkampf nur noch den Begriff „subsidiär Schutzberechtigte“. Ein brilliant einfacher Plan: Man benennt Menschen, die Menschen gerne schützen wollen, einfach so um, dass man sie nicht mehr retten möchte.

Die Sozialdemokratie hat das Sprachgefühl eines Aktenschranke. Wir fallen fast immer auf die sprachlichen Tricks der Konservativen herein. Seit CDU und CSU von „subsidiär Schutzberechtigten“ sprechen, tun wir das auch. Überall: im Bundestag, in Bürgerversammlungen, WhatsApp-Nachrichten und E-Mails. Überall springen SPD-Funktionäre aus den Ecken und wollen besonders klug, elaboriert und informiert klingen. Klar, da nutzt man doch den Fachbegriff.

Wirkung egal. Hauptsache, ich klinge klug und überlegen.

Noch schlimmer: Häufig genug haben die Konservativen großartige Begriffe für ganz großen Mist. Die „Leistungsrente“ zum Beispiel. Da gab es im Schnitt gerade mal 5 Euro mehr Rente für die Leistung im Leben. Darum haben wir aus inhaltlich guten Gründen dagegen gewettert. Nur leider haben wir nicht gegen die „Billigrente der CDU“ gewettert, sondern gegen die „Leistungsrente“. Heraus kam in den Köpfen der Menschen im Land nicht, dass wir einen Skandal aufdeckten, sondern dass wir gegen die Lebensleistung sind. Ganz, ganz toll gemacht!

Wir waren auch schon gegen Wachstumsbeschleunigung oder gegen ein Kinderförderungsgesetz, und ganz aktuell sind wir für den Familiennachzug der scheinbar suspekten Gruppe der Subsidiären. Das klingt schon fies. Apropos „Familiennachzug“ – auch ein kluger konservativer Begriff. Er sagt auf den ersten Blick: Zuzug! Ausländer kommen, die ziehen zu uns. Die kommen. Noch mehr kommen. Und es kommen vor allem besonders seltsam-subsidiäre. Zack! – und schon haben die Leute wieder Angst.

Der sozialdemokratische Begriff dafür heißt: Familienzusammenführung. Die Zusammenführung von Menschen, die von Tod und Folter bedroht sind. Wäre schön, wenn die SPD das endlich lernt.

Lernen kann man das individuell dadurch, indem man immer wieder darauf hingewiesen wird. Noch besser funktioniert es, wenn man die Prägung von Begriffen und Gestaltungen selbst strukturell organisiert.

Die SPD braucht ein Kommunikationszentrum, das für all unsere Initiativen sprachliche und gestalterische Rahmungen erzeugt. Menschen, die nicht zu tief in den Inhalten hängen, sondern stets ganz unwissend hinterfragen, worum es in unseren Inhalten eigentlich geht und das auf Formeln bringen, die jeder versteht.

Die SPD von morgen

Die SPD kann man erneuern. Man kann es in der Regierung und in der Opposition. Man kann es aber auch verschlafen. Ohne eine Bewältigung der eigentlichen Aufgabe wird es uns nicht gelingen, die Sozialdemokratie für die Zukunft zu erhalten.

Die Aufgabe von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute ist klar: Wir müssen die Angst, wirklich regieren zu wollen, überwinden. Wir müssen unsere Gesprächs- und Diskurskultur in der SPD wieder beleben und die SPD zu einem Organismus umbauen, in dem die politische Debatte wieder Alltag wird. Wir müssen die große Grundfrage beantworten, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und schließlich unsere Inhalte in eine Sprache übersetzen, die man wieder versteht.

Die SPD kann man erneuern.
Man muss nur den Mut haben, es zu tun.

Februar 2018

Copyright © 2018 Erik Flügge
und Squirrel & Nuts GmbH, Köln

Squirrel & Nuts GmbH
Bismarckstraße 50
50672 Köln
www.squirrelandnuts.de
www.erikfluegge.de